

Kleine Geschäfte lassen Haare

Mit neuen Salons breiten sich grosse Coiffeur-Ketten immer mehr aus



KONKURRENZ Immer mehr Coiffeure buhlen um die Gunst potenzieller Kunden. OLIVER MENGE

Nicht nur beim Essen heisst der Trend schneller und billiger. Viele Kunden wollen auch das Haarschneiden immer rascher hinter sich bringen. Grosse Coiffeurketten nutzen die Gunst der Stunde und dehnen ihr Angebot aus.

MARTIN RUPF

Es gibt sie zwar noch, die klassischen Coiffeure im Quartier, die ihre langjährigen Stammkunden mit einem Café Crème in ihren Salons begrüßen. Coiffeure, die für viele Kunden Haarschneider, Psychiater und wichtiger Ansprechpartner in einem sind. Doch diese Coiffeure sehen sich mit einer stetig wachsenden Konkurrenz grosser Ketten konfrontiert. Denn der Lauf der Dinge macht auch vor dem Haarschneiden keinen Halt. Mit billigeren Preisen und schnellen Abläufen sprechen die Coiffeur-Ketten ein breites Bedürfnis vieler Kunden an. So gibt es in Luzern und in Ascona jetzt sogar ein «Hair-à-la-Minute-Geschäft», wo die Kunden pro Minute Arbeitszeit einen Franken bezahlen.

Viele Coiffeure finden keine Stelle

Zwar bestätigen Coiffeure im Einzugsgebiet dieser Zeitung die zunehmende Konkurrenz durch grosse Ketten. Doch es seien nicht diese, welche ihnen die grössten Sorgen bereiteten, sondern die immer grösser werdende Zahl so genannter «Badewannen-Coiffeuren». Hierbei handelt es sich um Coiffeuren und Coiffeure, die zu Hause schwarzarbeiten. «Diese Coiffeure

schneiden die Haare massiv billiger als wir und stellen deshalb eine grosse Konkurrenz dar», sagt Peter Kurth, Sektionspräsident Solothurn vom Verband Schweizer Coiffeurgeschäfte. Auch Fredi Schmid, Sektionspräsident Aargau, bestätigt dies: «Weil diese Coiffeure oft keine Miete und keine Versicherungen zahlen, können sie so tiefe Preise anbieten. Schmid übt sich aber auch in Selbstkritik. Man habe in den letzten Jahren viel zu viele Coiffeure ausgebildet, die nun auf dem Arbeitsmarkt keine Stelle fänden und sich deshalb in die Schwarzarbeit flüchteten.

Trotzdem richtet sich auch Kritik gegen die grossen Coiffeur-Ketten. So würden diese eine Lockvogel-Politik verfolgen. «Die Preise

sind auf den ersten Blick tatsächlich tief», sagt Peter Kurth. Doch der Endpreis falle oft viel höher aus, «weil für jede zusätzliche Dienstleistung – dem Kunden oft noch aufgeschwatzt – extra bezahlt werden muss», so Kurth. Ein Vorwurf, den die Beschuldigten klar von sich weisen (siehe Text unten).

Der Türke geht nur zum Türken

Insgesamt sehen die Coiffeure der wachsenden Konkurrenz grosser Ketten gelassen entgegen. Denn, so Jeannette Mele, Sektionspräsidentin Baselland: «Wir haben eine Stammkundschaft, zu der wir über Jahre ein Vertrauensverhältnis aufgebaut haben. Nur wegen ein paar Franken wechseln diese Kunde ihren Coiffeur nicht.»

Dies glaubt auch Robert Frei, Sektionspräsident Zürich Stadt und seit über 20 Jahren Coiffeur in Zürich. Er sieht denn auch ganz andere Herausforderungen: Zum einen die «Sippentreue», sprich viele Ausländer gingen nur zu einem Coiffeur der gleichen Nationalität. Zum anderen stösst ihm sauer auf, «dass namhafte Zürcher Coiffeur-Geschäfte in grossen Einkaufshäusern Gratis-Gutscheine abgeben, und so der Konkurrenz Kunden abwerben», sagt Frei.

Bleibt noch die Wirtschaftsflaute, die sich bis jetzt aber noch nicht sonderlich ausgewirkt habe. Fredi Schmid: «Wir haben nicht weniger Kundschaft, nur die Intervalle zwischen zwei Besuchen sind ein bisschen grösser geworden.»

«Kunde will Preise kennen»

Im Durchschnitt zahlen Männer beim herkömmlichen Coiffeur für **Waschen, Schneiden und Föhnen** 50 bis 60 Franken. Frauen müssen in der Regel tiefer in die Taschen greifen und bezahlen für dieselbe Dienstleistung zwischen 70 und 100 Franken. Nicht so bei den grössten Schweizer Coiffeur-Ketten wie **Gidor, Coiffina** oder **Cut & Color**. Männer kommen für das gleiche Paket mit rund 40 Franken aus, Frauen zahlen rund 60 Franken. Wie erklären sich diese Unterschiede? Handelt es sich tatsächlich um Lockvogelangebote, bei denen der Kunde am Ende doch mehr berappen muss?

Pierre Binkert, Inhaber von **Cut & Color**, verneint vehement: «Ich distanziere mich ganz klar von solchen Praktiken.» Er weist darauf hin, dass er unter dem Strich nicht viel billiger sei als herkömmliche Coiffeur-Betriebe. Die Preisdifferenz

bei **Cut & Color** sei vielmehr auf das Konzept zurückzuführen, wonach sich jeder Kunde selber die Haare föhnen könne. Das habe auch zur Folge, dass das Waschen und Schneiden für Frauen und Männer gleich teuer sei, «weil der Mehrpreis durch das Föhnen entfällt», erklärt Binkert. **Nils Kundert**, Inhaber von **Orinad**, stösst ins gleiche Horn: «Wir betreiben keine Lockvogel-Politik.» Im Gegenteil, man biete nur noch Paket-Angebote an, aus denen klar hervorginge, wie teuer die Dienstleistung zu stehen komme. «Unser Motto lautet: Lieber günstig und schnell als teuer und langsam», so Kundert. Auch **Juan Martinez**, Inhaber vom **Cut Club**, betont die grosse Transparenz. «Der Kunde will die Preise kennen und erfährt sie auch, noch bevor er auf dem Coiffeurstuhl Platz genommen hat», betont Martinez. (MRU)

Gisler



MARKUS GISLER

Private Banking in Bedrängnis

EIN STARKES STÜCK, was sich der italienische Finanzminister am Montag mit der Razzia gegen Schweizer Bankfilialen geleistet hat. Vor allem, weil sich selbstverständlich deutsche und amerikanische Banken genauso um die gut betuchte italienische Kundschaft bemühen wie die hiesigen Institute. Rechtlich stützt sich die italienische Finanzpolizei auf angeblich nicht gemeldete Transaktionen ins Ausland, was nach italienischem Recht Pflicht wäre. Die Vorgehensweise ist in höchstem Mass diskriminierend, vor allem weil sie flächendeckend auf der Basis eines Generalverdachts erfolgt ist.

AM BEISPIEL ITALIENS lässt sich bestens zeigen, dass ein Bankgeheimnis, wie es die Schweiz kennt, einem legitimen Bedürfnis entspricht. Wenn ein Staat nicht in der Lage ist, seine Finanzen in ordentlichen Bahnen zu halten, wenn Misswirtschaft zu horrenden Staatsdefiziten und einer gewaltigen Verschuldung führen (rund 140 Prozent des Bruttoinlandprodukts), fühlt sich der Bürger verunsichert und sucht für sein Ersparnis einen sicheren Ort. Die wirtschaftliche Not und Unsicherheit der Italiener drückt sich auch in der Schattenwirtschaft aus, gemäss Schätzungen wird bis zu einem Drittel des offiziellen Bruttoinlandprodukts zusätzlich schwarz, also un versteuert, erarbeitet. Im Übrigen auch ein Zeugnis einer erschreckend ineffizienten Steuerfahndung. Nichtsdestotrotz: Man kann die Aktion der Guardia di Finanza als gut inszenierte Schau abtun, um die Steuerflüchtlinge zur Rückführung ihrer Gelder im Rahmen der laufenden Steueramnestie zu bewegen, allein das hiesige Kopf in den Sand stecken. Die Gelder werden rasch andere Finanzplätze finden, die ebenso sicher sind. Auf üppige Rückflüsse kann der italienische Staat nicht hoffen, der Tessiner Finanzplatz dürfte dennoch nachhaltig Schaden nehmen.

DRUCK WIRD AUCH auf einem anderen Gebiet entstehen: Nicht nur die Privaten benutzen die Schweiz als sicheren Finanzhafen, immer häufiger optimiert auch die italienische Wirtschaft ihre Steuern mittels der schweizerischen Steuergesetze, indem beispielsweise Modefirmen hier Holdinggesellschaften gründen. Damit lassen sich via Transferzahlungen innerhalb von Konzerngesellschaften Erträge hier- oder dorthin verschieben, so dass die Gewinne kaum mehr in Italien, dafür aber in der weitgehend steuerbefreiten Schweizer Holding anfallen. Die Schweiz tut also gut daran, das italienische Vorgehen ernst zu nehmen. Wir werden mittelfristig nicht darum herumkommen, unsere Steuersysteme zumindest teilweise dem europäischen anzugleichen. Im Fall der Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und -hinterziehung ist das bereits geschehen. Ein besonders heikler Punkt ist das Offshore Banking, das ordentlich zu betreiben immer schwieriger wird. Das Vermögensverwaltungsgeschäft verliert seine Ertragskraft, womit auch Arbeitsplätze gefährdet sind. wirtschaft@azag.ch

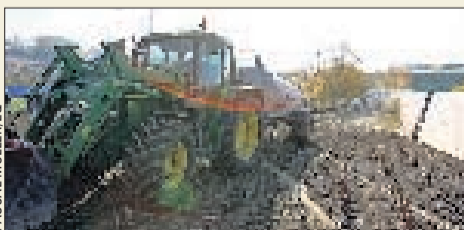
Nachrichten

Deutsche Bank kauft Sal. Oppenheim

Die Deutsche Bank kauft die traditionsreiche Privatbank Sal. Oppenheim für insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro und steigt damit zu Marktführer in Deutschland bei der Betreuung vermögenger Privatkunden auf. «Mit der Übernahme des renommierten Privatbankhauses bauen wir unser Vermögensverwaltungsgeschäft in Europa, besonders in Deutschland, deutlich aus», erklärte Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann. Dies sei eine hervorragende Grundlage für weiteres weltweites Wachstum. (AP)

Lufthansa In den ersten neun Monaten rot

Die Lufthansa hat in den ersten neun Monaten rote Zahlen eingeflogen und blickt angesichts der Konjunkturkrise skeptisch in die Zukunft. Die Airline meldete ein Minus von 32 Millionen Euro nach einem Gewinn von 529 Millionen Euro im Vorjahr. Für die kommenden Monate dämpfte Lufthansa die Erwartungen. Ob das Ziel eines positiven Ergebnisses im Gesamtjahr zu erreichen ist, sei vom vierten Quartal abhängig. (AP/DPA)



Protest Milchbauern güllen vor Milchverarbeiter Cremo

Zornige Milchbauern haben gestern vor der Fabrik des Milchverarbeiters Cremo in Mont-sur-Lausanne Gülle ausgeschüttet. Sie protestierten damit gegen die geplanten Exportsubventionen für Milch. (AP)

UBS Erster Betrugsfall in den USA endet mit mildem Urteil

Der erste Steuerbetrugsfall eines amerikanischen Kunden der UBS hat mit einem milden Urteil geendet. Der 55-jährige Buchhalter wurde von einem Richter in Miami zu einem Jahr Hausarrest verurteilt. Er arbeitete nach Darstellung der Staatsanwaltschaft voll mit den Justizbehörden zusammen. Sein Fall habe zudem eine weltweite Botschaft über die Risiken der Steuerflucht ausgesandt, anerkannte das Gericht. Der ehemalige UBS-Kunde war im vergangenen April angeklagt worden. Er hatte sechs Millionen Dollar über Konten der UBS vor dem US-Fiskus versteckt. (AP)

Novartis EU lässt Bio-Medikament zu

Der Pharmakonzern Novartis hat von der Europäischen Union die Zulassung für sein neues biologisches Medikament Ilaris erhalten. Das Mittel kann demnach bei Erwachsenen und Kindern ab vier Jahren zur Behandlung des periodischen Fiebersyndroms Cryopyrin-Associated Periodic Syndrome (CAPS) eingesetzt werden. Ilaris wurde zuvor in beschleunigten Verfahren bereits in den USA und in der Schweiz zugelassen. (AP)